



HESSEN



Bericht aus Brüssel

05/2026 vom 18.03.2026

Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union
21, Rue Montoyer, B- 1000 Brüssel
Tel.: 0032.2.739.59.00 Fax: 0032.2.732.48.13
E-Mail: hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de

Inhaltsverzeichnis

Institutionelles.....	3
Außen- und Verteidigungspolitik.....	3
Europäisches Parlament.....	4
Europäischer Ausschuss der Regionen.....	4
Wirtschaft.....	5
Verkehr.....	6
Energie.....	6
Digital.....	7
Forschung.....	8
Finanzdienstleistungen.....	9
Finanzen.....	10
Soziales.....	11
Landwirtschaft und Umwelt.....	12
Justiz.....	13
Inneres.....	13
Information, Kommunikation und Medien.....	14
Veranstaltungen.....	15
Vorschau.....	18

Institutionelles

Rat & EP; Ernennung von Andrés Ritter (Bundesrepublik Deutschland) zum neuen Europäischen Generalstaatsanwalt ab 01.11.2026

Rat und EP haben am 09.03. bzw. 10.03.2026 der Ernennung von Andrés Ritter (DEU) zum neuen Europäischen Generalstaatsanwalt der Europäischen Staatsanwaltschaft (EuStA) zugestimmt. Seine siebenjährige Amtszeit beginnt am 01.11.2026. Im EP stimmten 435 Abgeordnete für seine Ernennung, 112 dagegen, 46 enthielten sich. Er folgt auf Laura Codruța Kövesi (ROM), deren Mandat am 31.10.2026 endet. Die EuStA ist die unabhängige Staatsanwaltschaft der EU zur Untersuchung und Verfolgung von Straftaten zum Nachteil der finanziellen Interessen der EU. An ihr beteiligen sich 24 der 27 EU-Mitgliedstaaten; sie nahm ihre Arbeit 2021 auf. Ritter ist seit 2020 als Europäischer Staatsanwalt an der EuStA und derzeit stellvertretender Europäischer Generalstaatsanwalt. Zuvor war er in verschiedenen Funktionen im Justizdienst Mecklenburg-Vorpommerns tätig, u.a. als stellvertretender Generalstaatsanwalt sowie Leitender Oberstaatsanwalt.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20260306IPR37518/abgeordnete-bestatigen-andres-ritter-als-nachsten-eu-generalstaatsanwalt>

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2026/03/09/eppo-council-confirms-andres-ritter-as-the-new-european-chief-prosecutor/>

Außen- und Verteidigungspolitik

Kommission; Sitzung des Sicherheitskollegiums zur Lage im Iran und Nahen Osten

Das Sicherheitskollegium der Kommission hat am 02.03.2026 in Brüssel die sich entwickelnde Lage im Iran und im Nahen Osten sowie mögliche Auswirkungen auf die EU erörtert. Die Kommission will die Unterstützung der Evakuierungs- und Rückführungsmaßnahmen der Mitgliedstaaten verstärken und die Risiken von Verkehrsunterbrechungen beobachten, insbesondere rund um die Straße von Hormus und das Rote Meer. Die Koordinierung mit Fluggesellschaften, Reedereien und nationalen Behörden soll intensiviert werden. Im Energiebereich will die Kommission Preis- und Angebotsentwicklung eng verfolgen und hat beschlossen, in Zusammenarbeit mit der Internationalen Energieagentur eine Energie-Taskforce mit den Mitgliedstaaten einzuberufen. Zudem setzt sie auf erhöhte Wachsamkeit im Bereich der inneren Sicherheit und eine enge Zusammenarbeit mit Europol. Im Bereich Migration soll die Vorsorge durch bessere Trendbeobachtung und stärkere Zusammenarbeit mit Agenturen der Vereinten Nationen und Partnerländern ausgebaut werden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/read_26_513

Kommission & Europäischer Rat; Erklärung zur Lage im Iran

Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und der Präsident des Europäischen Rates, Antonio Costa, haben sich am 09.03.2026 mit den Staats- und Regierungschefs Jordaniens, Ägyptens, Bahrains, Libanons, Syriens, der Türkei, Armeniens, Iraks, Katars, Kuwaits, der Vereinigten Arabischen Emirate, Saudi-Arabiens und Omans per Videokonferenz über die jüngsten Entwicklungen im Zusammenhang mit dem Krieg im Iran ausgetauscht. In einer anschließenden Erklärung verurteilten sie die Angriffe Irans auf andere Länder der Region und sagten den Menschen vor Ort ihre Solidarität zu. Zugleich dankten sie den Partnern für die Unterstützung bei Evakuierungen und

Rückführungen europäischer Bürgerinnen und Bürger. Die EU stehe bereit, auf jede nur erdenkliche Weise dazu beizutragen, die Lage zu deeskalieren und die Rückkehr an den Verhandlungstisch zu ermöglichen. Kommissionspräsidentin von der Leyen und Präsident Costa verwiesen ferner auf die Position der EU zum iranischen Nuklearprogramm und zu ballistischen Raketen und verurteilten die Unterdrückung und Gewalt des iranischen Regimes gegenüber der eigenen Bevölkerung. Beide bekräftigten das EU-Engagement für Stabilität in der Region und forderten den Schutz der Zivilbevölkerung und die uneingeschränkte Achtung des Völkerrechts, des humanitären Völkerrechts und der Pflicht, die Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen zu achten.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/api/files/document/print/de/statement_26_579/STATEMENT_26_579_EN.pdf

E u r o p ä i s c h e s P a r l a m e n t

Plenarsitzung des Europäischen Parlaments vom 09.-12.03.2026 in Straßburg

Bewältigung der Wohnkrise in Europa und Bürokratieabbau im Wohnsektor

Das EP hat am 10.03.2026 mit einer Mehrheit von 367 - 166 - 84 den Abschlussbericht des Sonderausschusses zur Wohnraumkrise angenommen. Darin unterstreicht das EP, dass Millionen von Europäern aufgrund der Wohnraumkrise unter prekären Lebensbedingungen leiden. Das EP fordert EU-Initiativen, mit denen durch die Förderung von Bau- und Renovierungsmaßnahmen gegen steigende Preise und Wohnungsknappheit vorgegangen wird. Angesichts der jüngsten Zunahme von Kurzzeitvermietungen fordert das EP ein Gesetz, das ein Gleichgewicht zwischen dem Tourismus und dem Zugang zu bezahlbarem Wohnraum herstellt. Es sollte gemeinsame Ziele auf EU-Ebene festlegen und gleichzeitig den EU-Ländern, Regionen und lokalen Behörden die Flexibilität lassen, Maßnahmen zu konzipieren und umzusetzen, die an ihre spezifischen territorialen Gegebenheiten und Wohnungsmärkte angepasst sind. Das EP fordert außerdem einen angemessenen Anteil an öffentlichen und sozialen Wohnungen in den Städten der EU, um die Bezahlbarkeit und das Angebot an Wohnraum für schutzbedürftige Menschen zu verbessern. Das EP fordert die Kommission nachdrücklich auf, ein Paket zur Vereinfachung des Wohnungsbaus vorzuschlagen, „mit dem Ziel, die komplexen Vorschriften, die derzeit den Wohnungsbau und die Renovierung in ganz Europa verlangsamen, zu vereinfachen und zu straffen, indem der Verwaltungsaufwand verringert, sich überschneidende Vorschriften angeglichen und Genehmigungsverfahren verkürzt werden.“ Die Vereinfachung könnte beispielsweise durch digitale Genehmigungsverfahren und eine Frist von 60 Tagen für die Erteilung von Genehmigungen erfolgen, so das EP.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-10-2026-0064_DE.html

E u r o p ä i s c h e r A u s s c h u s s d e r R e g i o n e n

170. Plenarsitzung des Europäischen Ausschusses der Regionen (AdR)

Am 04./05.03.2026 fand in Brüssel die 170. AdR-Plenarsitzung statt. Frau Staatssekretärin Karin Müller nahm an der Sitzung teil. Es wurden über folgende Stellungnahmen und Entschlüsse abgestimmt: „Trendwende in der Wasserpolitik - Ein lokaler und regionaler Fahrplan für Wasserresilienz“, „Europäisches Netzpaket“,

„Erweiterungspaket 2025 Ukraine, Moldau und Georgien“, „Erweiterungspaket 2025 Westbalkan und Türkei“, „Aktionsplan für die europäische chemische Industrie“, „Binnenmarktstrategie“, „Europäischer Fonds für Wettbewerbsfähigkeit (ECF)“, „Bewertung der Richtlinien über die Vergabe öffentlicher Aufträge“, „Wohlergehen von Kindern und Kindergeld - Erfassung der Kindergeldsysteme in den EU-Mitgliedstaaten“, „EU-Start-up- und Scale-up-Strategie“, „Mehrjähriger Finanzrahmen (MFR) nach 2027 einschließlich Eigenmittelpaket“, „Sondierung der Rolle des Privatsektors bei der Stärkung der Kohäsionspolitik nach 2027“.

<https://mempportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=232240&meetingSessionId=2291204>

Wirtschaft

Rat; Tagung des Rates Wettbewerbsfähigkeit (Binnenmarkt und Industrie)

Am 26.02.2026 erörterte der Rat den von der Kommission am 30.01.2026 vorgelegten Jahresbericht 2026 über den Binnenmarkt und die Wettbewerbsfähigkeit. Der Rat war sich einig, dass die dort aufgeführten Herausforderungen, darunter insbesondere der Verwaltungsaufwand, Überregulierung sowie verbleibende Barrieren wie die sogenannten Terrible Ten, anerkannt werden müssen. Die Mehrheit sprach sich für die zeitnahe Annahme des sogenannten 28. Regimes aus, das durch ein vereinfachtes, transparentes und unternehmensfreundliches europäisches Gesellschaftsrecht die Wettbewerbsfähigkeit und Produktivität der EU stärken soll. Ferner führte der Rat einen Meinungs austausch über die Notfallpläne zur Stärkung der industriellen Widerstandsfähigkeit in den Sektoren für Stahl, Chemie und Automobilindustrie. Der Rat nahm Schlussfolgerungen zur Verbraucheragenda 2030 an, die eine Stärkung des Verbraucherschutzes, die Förderung eines nachhaltigen Verbrauchs sowie eine wirksame Durchsetzung und engere Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten fordern. Zudem fand eine politische Debatte über den Verordnungsvorschlag zur Einrichtung des Europäischen Fonds für Wettbewerbsfähigkeit (ECF) statt, der als wichtiges Instrument zur Förderung von Investitionen und Innovationen breite Unterstützung erhielt. Während des Mittagessens führte der Rat einen Gedankenaustausch zum Thema „Hindernisse im Binnenmarkt ausräumen: gemeinsam Verantwortung übernehmen“.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/compet/2026/02/26/>

Kommission; Veröffentlichung eines Verordnungsvorschlag zum „Industrial Accelerator Act“ (Industriebeschleunigungsgesetz)

Am 04.03.2026 hat die Kommission einen Verordnungsvorschlag zum „Industrial Accelerator Act“ (Industriebeschleunigungsgesetz) vorgelegt. Der Vorschlag zielt darauf ab, die Dekarbonisierung der Industrie zu beschleunigen sowie Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und die Schaffung von Arbeitsplätzen in der EU zu fördern. Zugleich soll die Nachfrage nach CO₂-armen, in Europa hergestellten Produkten und Technologien erhöht, Investitionen durch schnellere und vereinfachte Genehmigungsverfahren erleichtert und sichergestellt werden, dass ausländische Direktinvestitionen einen nachhaltigen Mehrwert für die EU schaffen. Konkret soll laut Kommission der Anteil des verarbeitenden Gewerbes am Bruttoinlandsprodukt bis 2035 in der EU auf 20% erhöht werden. Im Mittelpunkt des Vorschlags stehen strategisch wichtige Industriezweige wie Stahl, Zement, Aluminium, die Automobilindustrie sowie Netto-Null-Technologien. Zur Umsetzung schlägt die Kommission unter anderem „Made in EU“- bzw. CO₂-arme Kriterien in öffentlichen Vergabeverfahren und Förderprogrammen vor, ebenso die konsequente Anwendung

des Prinzips der Gegenseitigkeit beim Marktzugang gegenüber Drittstaaten. Für größere ausländische Investitionen sollen laut Kommission zusätzliche Anforderungen gelten, etwa ein nachweisbarer Mehrwert für die EU, die Schaffung von Arbeitsplätzen und Beiträge zu europäischen Wertschöpfungsketten und Technologietransfers. Zudem sollen Genehmigungsverfahren für industrielle Projekte durch klare Fristen und eine vollständige Digitalisierung beschleunigt werden, um Investitionen zu erleichtern.
https://single-market-economy.ec.europa.eu/publications/industrial-accelerator-act_en

V e r k e h r

Kommission; vierte Generalversammlung der Industrieallianz für die Wertschöpfungskette erneuerbarer und kohlenstoffarmer Kraftstoffe (RLCF Alliance)

Am 26.02.2026 traf sich die Kommission mit Interessenvertretern aus Luftfahrt, Seeverkehr, Kraftstoff- und Finanzsektor zu der vierten Generalversammlung der EU-Industrieallianz für erneuerbare und kohlenstoffarme Kraftstoffe (RLCF Alliance). Die Allianz ist eine freiwillige Kooperation von Akteuren entlang der gesamten Wertschöpfungskette für Verkehrskraftstoffe. Sie umfasst alle Beteiligten von der Beschaffung bis zu den Endverbrauchern sowie Technologie- und Finanzdienstleister und deckt sowohl die Angebots- als auch die Nachfrageseite in den Bereichen Luftfahrt und Schifffahrt ab, einschließlich zivilgesellschaftlicher Organisationen, Regierungen und Behörden. Die Veranstaltung bot ein zentrales Forum für strategische Diskussionen zur Umsetzung des Investitionsplans für nachhaltigen Verkehr (STIP), den die Kommission am 05.11.2025 vorgelegt hatte. Die Arbeitsgruppen der Allianz bestätigten die erfolgreiche Arbeit der Gemeinschaft. Durch verstärkte Zusammenarbeit entlang der Wertschöpfungskette, gezielte Projektunterstützung und die Mobilisierung privater Finanzmittel möchte die Allianz den Einsatz erneuerbarer und kohlenstoffarmer Kraftstoffe beschleunigen und damit zur Erreichung der Klima- und Industrieziele der EU beitragen.

https://transport.ec.europa.eu/news-events/news/boosting-sustainable-alternative-fuels-aviation-and-maritime-transport-2026-02-26_en?prefLang=de

E n e r g i e

Kommission; Vorlage von Maßnahmen zur Verbesserung der Energieunabhängigkeit und Erschwinglichkeit der EU

Am 10.03.2026 stellte die Kommission ein Maßnahmenpaket vor, das darauf abzielt, Investitionen in nationale Lösungen für saubere Energie voranzutreiben, die Resilienz des Energiesystems zu stärken und die Energiepreise zu senken. Das Maßnahmenpaket besteht zum einen aus einer Mitteilung zur Investitionsstrategie für saubere Energie. Diese verfolgt das Ziel, private Finanzmittel für Netze, innovative Energietechnologien und Energieeffizienz zu mobilisieren. Für die effektive Mobilisierung und Lenkung von Kapital institutioneller Investoren sieht die Investitionsstrategie daher vier komplementäre Maßnahmen vor. Diese umfassen im Einzelnen die Stärkung der Bilanzen von Netzbetreibern, die Verbesserung des Zugangs zu Finanzmitteln für Betreiber durch Kreditverbriefung und vermittelte Kredite, die Risikominderung bei innovativen Technologien zur Erzeugung sauberer Energie sowie bei Langzeitspeichern und die Einrichtung eines Investitionsrats für die

Energiewende. Zweitens besteht das Maßnahmenpaket aus einer Mitteilung zur Strategie für kleine modulare Reaktoren (Small Modular Reactors - SMR). Ziel dieser Strategie ist, den Mitgliedstaaten den Einsatz erster SMR bis Anfang der 2030er Jahre zu ermöglichen. Drittens legte die Kommission eine Mitteilung zu dem sogenannten Citizens Energy Package vor. Damit verfolgt sie das Ziel, die Energiearmut zu reduzieren und die Energiekosten für Verbraucher zu senken, etwa durch einen erleichterten Anbieterwechsel, geringere Steuern und Abgaben auf Stromrechnungen sowie transparentere Informationen. Gleichzeitig sollen Bürger stärker in die Lage versetzt werden, eigene saubere Energie zu erzeugen und zu teilen. Insgesamt zielen die Maßnahmen darauf ab, die Energiewende so auszugestalten, dass Wettbewerbsfähigkeit, Versorgungssicherheit und bezahlbare Energie für Haushalte und Industrie gleichermaßen gestärkt werden.

https://energy.ec.europa.eu/news/commission-launches-strategy-accelerate-clean-energy-investment-2026-03-10_en

https://energy.ec.europa.eu/news/commission-unveils-strategy-bring-europes-first-smrs-online-early-2030s-2026-03-10_en

https://energy.ec.europa.eu/strategy/affordable-energy_en

Digital

Kommission; AI-Verhaltenskodex

Am 05.03.2026 hat die Expertengruppe der EU-Kommission den zweiten Entwurf des Verhaltenskodex zur Umsetzung der Transparenzverpflichtungen aus Art. 50 AI Act vorgelegt. Dieser Verhaltenskodex richtet sich an Anbieter und Betreiber von KI-Systemen und verfolgt einen mehrschichtigen Ansatz. Der zweite Entwurf berücksichtigt dabei die Rückmeldungen aus Industrie, Wissenschaft und Zivilgesellschaft, aber auch der Mitgliedstaaten sowie des EU-Parlaments. Im Vergleich zum ersten Entwurf wurde die aktuelle Version vereinfacht und sieht für die Unterzeichner mehr Flexibilität vor. So sind im ersten Abschnitt, der sich an Anbieter generativer KI-Systeme richtet, einige Vorgaben nicht mehr verbindlich, sondern nur noch optional. Im zweiten Abschnitt, der sich an die Betreiber von KI-Systemen richtet, wird nun ein praxisorientierterer Ansatz verfolgt, u.a. durch die Entfernung der Taxonomie zur Unterscheidung KI-generierter Inhalte von KI-gestützten Inhalten. Bis zum 30. März 2026 kann noch Rückmeldung zu dem Entwurf gegeben werden, der Anfang Juni fertiggestellt werden soll.

<https://digital-strategy.ec.europa.eu/de/library/commission-publishes-second-draft-code-practice-marking-and-labelling-ai-generated-content>

Kommission; EURO-3C Projekt

Während des diesjährigen Mobile World Congress in Barcelona hat die EU-Kommission ihr Projekt EURO-3C mit einem Volumen von 75 Mio. EUR vorgestellt. Damit soll der Aufbau einer föderierten Telco-Edge-Cloud-Infrastruktur gefördert, die digitale Souveränität gestärkt und Abhängigkeiten von Anbietern aus Drittländern reduziert werden. Ziel ist es, Telekommunikationsnetze, Edge-Computing und Cloud-Infrastruktur in einer integrierten Plattform zu bündeln und dem Endnutzer sichere und schnelle Rechenleistung zu bringen. Das Konsortium besteht aus 87 Mitgliedern.

<https://digital-strategy.ec.europa.eu/de/news/commission-announces-eu75-million-euro-3c-project-build-federated-telco-edge-cloud-infrastructure>

Kommission; 20 neue 6G-Forschungs- und Innovationsprojekte

Ebenfalls während des diesjährigen Mobile World Congress hat das European Smart Networks and Services Joint Undertaking (SNS JU) angekündigt, 116 Mio. EUR in 20 neue Forschungs- und Innovationsprojekte zu 6G zu investieren. Das Investment ist Teil des europäischen Förderrahmens Horizon Europe. Die Projekte sollen Europas führende Rolle bei der Entwicklung der nächsten Mobilfunkgeneration stärken und die technologische Souveränität sichern. Das SNS JU ist eine Public-Private-Partnership, welches gemeinsam von der EU-Kommission und dem 6G Smart Networks and Services Industry Association (6G-IA) geführt wird. Mit dieser Finanzierungsrunde wächst das Portfolio der europäischen Smart Networks and Services Joint Undertaking (SNS JU) auf 100 laufende 6G-Projekte an, die Europas Position bei der Gestaltung globaler 6G-Standards weiter ausbauen.

<https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/news/europe-advance-6g-innovation-20-projects-set-receive-eu116-million>

Kommission; „Roam like at home“-Erweiterung

Am 25. Februar 2026 hat die EU-Kommission vorgeschlagen, die Verhandlungen zur Ausweitung des Roamings der EU auf den Westbalkan aufzunehmen. Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien sollen in das EU-Regime integriert werden. Mit dem Vorschlag möchte die EU-Kommission bereits bestehende freiwilligen Roaming-Abkommen einiger Mobilfunkanbieter in der EU und im Westbalkan erweitern und weiterentwickeln. Vor Aufnahme der Verhandlungen muss der Rat noch den Vorschlag für ein Verhandlungsmandat annehmen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_26_474

F o r s c h u n g

Rat; Forschung; Forschungsrat; Horizont Europa; Fonds für Wettbewerbsfähigkeit

Am 27.02.2026 hat der Rat für Wettbewerbsfähigkeit in der Formation Forschung unter zyprischem Vorsitz getagt. Wesentlichster Punkt auf der Agenda war der Vorschlag der Kommission für das neue Forschungsrahmenprogramm Horizont Europa ab 2028. Die Ministerinnen und Minister führten dazu einen Austausch mit Forschungskommissarin Ekaterina Zaharieva. Ziel des zyprischen Vorsitzes ist es, bis Ende Juni 2026 eine allgemeine Ausrichtung zur Ratsposition zu erreichen. Allerdings wurde auf der Ratstagung und im Austausch mit der Kommission deutlich, dass die Delegationen noch weitere Verhandlungen führen müssen und von der Kommission insbesondere eine Klärung zur Verschränkung von Horizont Europa und dem neuen ECF (Fonds für Wettbewerbsfähigkeit) erwarten. Für die zweite Säule von Horizont Europa, die Verbundforschung, ist eine enge Verschränkung der Fördermöglichkeiten vorgesehen. Zugleich ist die Funktionsweise und Abwicklung hierzu noch offen. Mehrere Mitgliedstaaten, darunter DEU, ESP und FRA, forderten die Kommission dazu auf, klare Vergabekriterien für den ECF vorzusehen. Ein relevanter Fokus liege zudem auf dem Bereich der politischen Steuerung (Governance) der Innovationsförderung. Hier forderte eine Gruppe von zehn Mitgliedstaaten, darunter DEU, die Kommission dazu auf, eine strategische Rolle vor allem auch für die Mitgliedstaaten für die Planung der Förderung im ECF vorzusehen. Eine Simplifizierung der Mechanismen sei insgesamt nötig.

<https://cyprus-presidency.consilium.europa.eu/en/news/results-of-the-competitiveness-council-research-27-february-2026/>

Kommission; internationale Forschungspolitik; Wissenschaftsdiplomatie; Strategie

Die Kommission hat am 27.02.2026 einen Vorschlag für eine Ratsempfehlung zur Schaffung eines EU-Rahmens zum Thema Wissenschaftsdiplomatie verabschiedet. Diese Initiative zielt darauf ab, die EU und die Mitgliedstaaten in die Lage zu versetzen, strategischer zu handeln und bei internationalen Aktivitäten im Bereich Forschung und Innovation einheitlich aufzutreten. Der neue Rahmen soll die Wettbewerbsfähigkeit Europas stärken, demokratische Werte fördern und die Zusammenarbeit bei der Bewältigung globaler Herausforderungen unterstützen, während gleichzeitig die Koordinierung und die effiziente Nutzung von Fachwissen und Ressourcen in der gesamten EU verbessert werden sollen. Wissenschaftsdiplomatie bezeichnet den Einsatz von wissenschaftlichen Erkenntnissen und wissenschaftlicher Kooperation zur Unterstützung diplomatischer Ziele auf verschiedenen Ebenen. Der Vorschlag soll nun im Rat erörtert werden. Die Kommission hat in dem Zuge zudem einen Bericht zum Thema Forschungssicherheit im internationalen Kontext vorgelegt. Der Bericht zeigt ein wachsendes Bewusstsein für Sicherheitsrisiken in der Forschungscommunity auf. Betont wird darin, dass im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit weitere Anstrengungen zur Stärkung der Forschungssicherheit erforderlich sind, da der Reifegrad der Politik in den einzelnen Mitgliedstaaten unterschiedlich sei.

https://research-and-innovation.ec.europa.eu/document/download/9ef96e1f-dd81-4550-9eeb-47fd66453004_en?filename=ec_rtd_com-2026-97-science-diplomacy-recommendation.pdf

F i n a n z d i e n s t l e i s t u n g e n

Rat; Tagung des Rates „Wirtschaft und Finanzen“ (ECOFIN)

Am 10.03.2026 tauschten sich die Finanzminister über das Marktintegrations- und Aufsichtspaket aus – ein Schlüsselement der Spar- und Investitionsunion. Das Paket zielt darauf ab, die Integration der EU-Kapitalmärkte zu vertiefen, indem Hindernisse für die grenzüberschreitende Bereitstellung von Investitionstätigkeiten beseitigt und die Effizienz der Aufsicht gestärkt werden. Dies sollte wiederum dazu beitragen, die Wettbewerbsfähigkeit der EU durch die Mobilisierung privater Ersparnisse zu stärken. Während ihrer Diskussion zeigten die Mitgliedstaaten breite Unterstützung für eine beschleunigte Arbeit an dem Paket auf technischer Ebene, wie vom CYP Vorsitz vorgeschlagen. In Bezug auf die Aufsichtsaspekte des Pakets äußerten sich einige Mitgliedstaaten nachdrücklich für die von der Kommission vorgeschlagene verstärkte Rolle der Regulierungs- und Aufsichtsbehörde für die Finanzmärkte der EU (ESMA), während andere der Ansicht waren, dass ein größerer Mehrwert durch eine verstärkte Konvergenz der Aufsicht und die Koordinierung zwischen den Mitgliedstaaten geschaffen werden würde.

<https://www.consilium.europa.eu/en/meetings/ecofin/2026/03/10/>

Kommission; Konsultation zum Beteiligungsexit von Private-Equity-Investoren

Die Kommission bittet um Rückmeldung zu Hindernissen, mit denen Private-Equity-Investoren beim Ausstieg aus ihren Investitionen konfrontiert sind, und zu Möglichkeiten, diese Hindernisse zu beseitigen. Es geht hierbei darum, die Arbeit der Kommission im Rahmen der Spar- und Investitionsunion zu unterstützen, insbesondere die Bemühungen um eine Verbesserung des Zugangs zu Finanzmitteln für Startups und Scaleups. Private Finanzierungen, auch aus Private Equity oder Venture Capital Fonds, spielen eine wichtige Rolle bei der Unterstützung junger und

innovativer Unternehmen, die häufig Schwierigkeiten haben, auf traditionelle Bankfinanzierungen zuzugreifen. Die Konsultation ist bis zum 27.04.2026 geöffnet und richtet sich an eine breite Palette von Stakeholdern, darunter Unternehmen auf der Suche nach Kapital- und Private-Equity-Investoren.

https://finance.ec.europa.eu/regulation-and-supervision/consultations-0/targeted-consultation-private-equity-exits-2026_en

F i n a n z e n

EP: Anhörungen im Unterausschuss für Steuerfragen (FISC) u.a. zum Vorschlag eines sog. 28. Regimes

Am 24.02.2026 diskutierten Abgeordnete des Europäischen Parlaments in zwei separaten Anhörungen mit Expertinnen und Experten über die Verzerrung zwischen Eigen- und Fremdkapital in der Besteuerung sowie über die Machbarkeit eines 28. Steuerregimes. Die Anhörungen wurden organisiert vom Unterausschuss für Steuerfragen des Europäischen Parlaments (FISC) und befassten sich mit den Themen Bekämpfung der Eigenkapital-Fremdkapital-Verzerrung in der Besteuerung und den steuerlichen Aspekten des sog. 28. Regimes – eines in Planung befindlichen Vorschlags für einen optional geltenden, EU-weiten Rechtsrahmen, der es Unternehmen – insbesondere Start-ups und Scale-ups – ermöglichen soll, in allen 27 Mitgliedstaaten in einem einheitlichen und harmonisierten gesellschaftsrechtlichen Rechtsrahmen zu agieren. Es wurde betont, dass die zentralen Ziele darin liegen sollten, die Geschäftstätigkeit von Unternehmen zu erleichtern und Investitionen in Unternehmen zu fördern.

<https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20260225IPR36403/meps-discuss-debt-equity-bias-and-28th-tax-regime-with-experts>

Rat/EP: Einigung über Verfahren für die Wahl des Sitzes der neuen EU-Zollbehörde

Am 25.02.2026 hat der Rat das mit dem EP abgestimmte Verfahren zur Festlegung des Sitzes der neuen EU-Zollbehörde förmlich gebilligt. Die Behörde soll künftig die Koordination von Zollmaßnahmen übernehmen und die nationalen Zollbehörden in der gesamten EU unterstützen. Das vereinbarte Verfahren sieht einen strukturierten Beschlussfassungsprozess vor, der die Autonomie der beteiligten Institutionen wahrt. Die endgültige Entscheidung über den Standort wird am 25.03.2026 fallen, wenn Rat und Parlament zu einem informellen Treffen auf politischer Ebene zusammenkommen. Im Oktober 2025 hatten neun Mitgliedstaaten ihr Interesse an der Ansiedlung der Behörde bekundet und fristgerecht Bewerbungen eingereicht: Belgien (Lüttich), Kroatien (Zagreb), Frankreich (Lille), Italien (Rom), die Niederlande (Den Haag), Polen (Warschau), Portugal (Porto), Rumänien (Bukarest) und Spanien (Málaga). Das Auswahlverfahren basiert auf einer Bewertung der Europäischen Kommission. Sowohl der Rat als auch das Parlament werden unabhängig voneinander jeweils zwei bevorzugte Städte aus den neun Bewerbern auswählen. Stimmt eine Stadt in beiden Listen überein, erhält sie automatisch den Zuschlag. Andernfalls sind weitere Abstimmungsrunden vorgesehen. Die Gründung der EU-Zollbehörde ist Teil der laufenden Reform des allgemeinen Zollrahmens der EU, um Herausforderungen durch steigende Handelsströme, fragmentierte nationale Zollsysteme, den rasanten Anstieg des E-Commerce und veränderte geopolitische Rahmenbedingungen zu begegnen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2026/02/25/eu-customs-authority-council-and-parliament-agree-procedure-to-select-a-host>

Soziales

Kommission; Vorlage der neuen Gleichstellungsstrategie 2026-2030

Die Kommission hat am 05.03.2026 ihre neue Gleichstellungsstrategie für den Zeitraum 2026 bis 2030 vorgestellt. Ziel ist es, die Gleichstellung der Geschlechter in allen Lebensbereichen zu verankern, die Fortschritte auf dem Weg zur Gleichstellung zu beschleunigen und aktuelle Bedrohungen wie Cybergewalt sowie Risiken in Bezug auf Künstliche Intelligenz (KI), die insbesondere Frauen treffen, zu bekämpfen. Die Strategie umfasst konkrete Maßnahmen, darunter die fortgesetzte Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt mit Fokus auf Cybergewalt, die erstmalige Integration der Gesundheitsversorgung als eigenständigen Politikbereich, einen gezielten Einbezug von Männern und Jungen in den Diskurs sowie Initiativen zum Abbau des geschlechtsspezifischen Lohn- und Rentengefälles. Hintergrund sind anhaltende Ungleichheiten und Schätzungen, wonach die vollständige Gleichstellung in der EU beim aktuellen Tempo erst in 50 Jahren erreicht wäre, weshalb auf der Vorgängerstrategie und dem Fahrplan für Frauenrechte aufgebaut wird. Zur weiteren Umsetzung kündigt die Kommission unter anderem eine verstärkte Förderung für Frauen in der Forschung sowie Initiativen zur Stärkung der politischen Teilhabe an. Die Strategie bildet den Rahmen für die entsprechenden EU-Maßnahmen der kommenden fünf Jahre und dient als Leitfaden für die künftige legislative und politische Arbeit der Kommission.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_26_526

Kommission; Vorlage der ersten Strategie für Generationengerechtigkeit; Zukunftsfähige Politikgestaltung

Die Kommission hat am 05.03.2026 ihre erste Strategie für Generationengerechtigkeit vorgestellt, um langfristiges Denken in der EU-Politik zu fördern und jungen Menschen mehr Gehör zu verschaffen. Ziel ist es, aktuelle Entscheidungen auch mit Blick auf die Zukunft zu treffen und eine faire Balance zwischen den Generationen zu gewährleisten. Im Zentrum der Strategie steht das Konzept des Generationenvertrags, das auf drei Dimensionen beruht. Dies beinhaltet eine faire Politikgestaltung (u.a. durch einen „Jugendcheck“), faire Chancen zur Vermeidung von Altersdiskriminierung sowie faire regionale Perspektiven. Zum Erreichen dieser Ziele sind konkrete Maßnahmen geplant, darunter ein neuer Index für Generationengerechtigkeit, ein Demographie Forum, ein mehrsprachiges Paket für eine zukunftsorientierte Politikgestaltung sowie die lokale Initiative „Stimmen der Zukunft“. Hintergrund der Strategie sind die Politischen Leitlinien 2024-2029, internationale Vorgaben wie die Erklärung der Vereinten Nationen zu zukünftigen Generationen sowie die Empfehlungen eines Europäischen Bürgerforums. Anfang 2028 soll ein entsprechender Fortschrittsbericht vorgelegt werden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_26_535

Kommission; DEU zur korrekten Umsetzung der Trinkwasserrichtlinie aufgefordert

Die Kommission hat am 11.03.2026 beschlossen, gegen DEU ein Vertragsverletzungsverfahren einzuleiten und ein Aufforderungsschreiben zu übermitteln, da es die EU-Trinkwasserrichtlinie nicht korrekt umgesetzt hat. Die Mitgliedstaaten waren verpflichtet, die Richtlinie bis zum 12.01.2023 in nationales Recht umzusetzen und ihre Bestimmungen einzuhalten. DEU habe die Richtlinie in Bezug auf bestimmte Risikobewertungsvorschriften und den Zugang der Öffentlichkeit zu bestimmten Informationen, darunter Informationen über die Wasserüberwachung und getroffene Abhilfemaßnahmen, nicht ordnungsgemäß umgesetzt, so die Kommission. DEU hat nun zwei Monate Zeit, um der Kommission zu antworten und die von der Kommission aufgezeigten Mängel zu beheben. Sollte keine zufriedenstellende Antwort eingehen, kann die Kommission beschließen, eine mit Gründen versehene Stellungnahme abzugeben.

<https://eur-lex.europa.eu/eli/dir/2020/2184/oj/eng>

Rat; EP; Einigung über Änderungen im Markt für landwirtschaftliche Erzeugnisse

Rat und EP haben am 05.03.2026 eine politische Einigung über den Vorschlag für gezielte Änderungen der Rechtsvorschriften über die gemeinsame Marktorganisation für landwirtschaftliche Erzeugnisse (GMO) und andere damit zusammenhängende Bestimmungen der EU-Agrarpolitik erzielt. Dadurch soll es zu einer Stärkung der Position der Landwirtinnen und Landwirte in der Lebensmittelversorgungskette und einer Wiederherstellung des Vertrauens zwischen den Akteuren der Agrar- und Lebensmittelversorgungskette kommen. Neben verschärften Vorschriften über vertragliche Vereinbarungen soll die Fähigkeit der Landwirtinnen und Landwirte, sich auf dem Markt zu organisieren, ausgebaut werden, insbesondere durch vereinfachte Vorschriften über die Anerkennung von Vereinigungen von Erzeugerorganisationen. Ferner werden Vorschriften über die Verwendung fakultativer Angaben wie „fair“, „gerecht“ und gleichwertiger Angaben festgelegt. Die Einigung umfasst auch den Schutz von Bezeichnungen, die sich auf Fleischteile oder -arten beziehen, die nun nur noch zur Bezeichnung von Fleischerzeugnissen verwendet werden und unter anderem Erzeugnisse aus Zell- oder Gewebekulturen ausschließen. Für Zubereitungen wie Burger oder Würste, die aus Fleisch hergestellt sein können, aber auch andere Erzeugnisse pflanzlichen Ursprungs enthalten können, gilt dieser Schutz nicht.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2026/03/05/council-and-parliament-reach-provisional-agreement-to-give-farmers-a-stronger-negotiating-position-in-the-food-supply-chain/>

Rat; Grünes Licht für Klimaziel für 2024

Der Rat hat das geänderte Europäische Klimagesetz am 05.03.2026 förmlich angenommen. Damit wird nun ein verbindliches Zwischenziel für 2040 eingeführt. Dieses besteht darin, die Netto-Treibhausgasemissionen um 90% gegenüber dem Stand von 1990 zu verringern. Dieses neue Ziel soll den Weg der EU zur Verwirklichung der Klimaneutralität bis 2050 in allen Wirtschaftszweigen sicherstellen. Ab 2036 können nun hochwertige internationale Gutschriften bis zu einer Obergrenze von 5% der EU-Nettoemissionen von 1990 genutzt werden, um auf kosteneffiziente Weise einen angemessenen Beitrag zum Ziel für 2040 zu leisten. Die Gutschriften müssen – im Einklang mit dem Klimaabkommen von Paris – auf glaubwürdigen Emissionsreduktionsmaßnahmen in den Partnerländern beruhen. Das geänderte Klimagesetz enthält ferner weitere Schlüsselemente, die die Kommission bei der

Ausarbeitung ihrer Gesetzgebungsvorschläge für die Zeit nach 2030 berücksichtigen muss. Dabei stehen Wettbewerbsfähigkeit, Vereinfachung, soziale Gerechtigkeit, Energieversorgungssicherheit, Erschwinglichkeit sowie weitere Prioritäten im Mittelpunkt.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/PE-5-2026-INIT/de/pdf>

J u s t i z

Rat; Tagung Justiz-Rat – Thema u.a.: Erwachsenenschutz-Verordnung

Die Justizministerinnen und -minister haben auf der Tagung des Justiz-Rats am 06.03.2026 in Brüssel den Standpunkt des Rates zu einer geplanten Verordnung über den Schutz von Erwachsenen beschlossen, die in grenzüberschreitenden Situationen (z.B. Verkauf von Eigentum, medizinische Versorgung im Ausland, Umsiedlung in ein anderes Land) nicht in der Lage sind, ihre eigenen Interessen zu wahren. Der Rat hat zudem Schlussfolgerungen zur Anwendung der Charta der Grundrechte der EU gebilligt, welche an den Jahresbericht 2025 der Kommission über die Umsetzung der Charta anknüpfen. Außerdem haben sich die Ministerinnen und Minister über die Unabhängigkeit der Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte in Europa, die Rolle der EU und das Europäische Übereinkommen zum Rechtsanwaltsberuf ausgetauscht. Die Kommission hat den Rat über die Fortschritte bei der Bekämpfung der Straflosigkeit in Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine, vor allem hinsichtlich der Einrichtung des Sondergerichtshofs, unterrichtet sowie über den aktuellen Stand der Überarbeitung der Eurojust-Verordnung, in enger Abstimmung mit der Überarbeitung der Europol-Verordnung und des EU-Datenschutzrahmens für die Agenturen im Bereich Justiz und Inneres. Polen legte eine Initiative zur Erklärung des 11. Januars zum Tag der Unabhängigkeit der Justiz vor. Thema eines Arbeitssessens waren schließlich Aktivitäten von Mitgliedern krimineller Organisationen in Haftanstalten.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/jha/2026/03/06/>

I n n e r e s

Rat; Tagung des Innen-Rats am 05.03.2026

Im Rahmen des Rats „Justiz und Inneres“ tagten die Innenministerinnen und -minister der EU am 05.03.2026 in Brüssel. Sie berieten im Hinblick auf die externe Dimension von Migration über Libanon und Libyen als wichtige Transitländer. Insoweit sprachen sich viele Mitgliedstaaten für eine strukturiertere Zusammenarbeit mit Libanon aus, sobald dort Reformen umgesetzt sind, und betonten zu Libyen die Priorität unter anderem der Bekämpfung von Schleusernetzen. Zum Schengen-Raum erörterten die Ministerinnen und Minister, wie die freiwillige Rückkehr gefördert werden kann, beispielsweise durch Anreize für eine Rückkehr und Wiedereingliederungshilfe. Auch billigten sie den überarbeiteten Fahrplan für die Interoperabilität der IT-Großsysteme der EU für den Zeitraum nach 2026 im Bereich Justiz und Inneres, einschließlich der Meilensteine bei der Inbetriebnahme des überarbeiteten Visa-Informationssystems und der EU-Visumantragsplattform. Im Hinblick auf die Zukunft von Europol bestand Einigkeit, dass die Rolle von Europol als zentrale Drehscheibe bei der anstehenden Gesetzgebung gestärkt werden soll, ohne neue Strukturen zu schaffen. Die Auswirkungen der aktuellen Entwicklungen in Syrien und Iran auf die innere Sicherheit der EU waren Thema bei einem Arbeitssessen. Der Rat billigte außerdem Schlussfolgerungen zum strategischen Rahmen der EU in Bezug auf Drogen und die

von der Kommission am 04.12.2025 vorgeschlagene EU-Drogenstrategie. Die Europäische Kommission stellte unter anderem ihre Agenda zur Prävention und Bekämpfung von Terrorismus und gewaltbereitem Extremismus vor und berichtete über die Lage in der Ukraine im Zusammenhang mit dem vorübergehenden Schutzstatus für Flüchtende aus der Ukraine.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/jha/2026/03/05/>

EuGH; Urteil zu Rechtsfolgen der fehlenden Aufnahmebereitschaft eines nach der Dublin-III-Verordnung zuständigen Mitgliedstaats (hier: Italien-Deutschland)

Der EuGH hat in seinem Urteil in der Rechtssache C-458/24 (Daraa) vom 05.03.2026 festgestellt, dass sich ein nach der Dublin-III-Verordnung zuständiger Mitgliedstaat zwar grundsätzlich nicht durch eine einseitige Mitteilung seinen Pflichten aus dieser Verordnung entziehen könne. Die Überstellung der betreffenden Person an diesen Mitgliedstaat müsse aber spätestens innerhalb der Frist von sechs Monaten gemäß Art. 29 Abs. 1 der Dublin-III-Verordnung durchgeführt werden, anderenfalls gehe die Zuständigkeit auf den ersuchenden Mitgliedstaat über. Der Kläger des deutschen Ausgangsverfahrens ist ein syrischer Staatsangehöriger, der im Jahr 2023 nach DEU einreiste und dort einen Asylantrag stellte, obwohl nach der Dublin-III-Verordnung ursprünglich eine Zuständigkeit von ITL begründet war. ITL hatte allerdings bereits Ende des Jahres 2022 einseitig mitgeteilt, dass es vorläufig keine Überstellungen von Personen mehr akzeptiere, die internationalen Schutz beantragen. Der EuGH entschied nun, dass die Zuständigkeit (wegen nicht fristgemäßer Überstellung) auch dann auf den ersuchenden Mitgliedstaat (hier: DEU) übergehe, wenn die Überstellung der betreffenden Person nur deswegen nicht fristgemäß abgeschlossen werden konnte, weil der ursprünglich zuständige Mitgliedstaat seine (Wieder-)Aufnahmeverfahren einseitig ausgesetzt hat.

<https://infocuria.curia.europa.eu/tabs/document/C/2024/C-0458-24-00000000RP-01-P-01/ARRET/317114-DE-1-html>

Information, Kommunikation und Medien

EuGH; Nutzungsrechte an Funkfrequenzen in HUN – Radiosender Klubrádió

Der EuGH hat mit Urteil vom 26.02.2026 in der Rechtssache C-92/23 entschieden, dass HUN gegen seine Verpflichtungen aus dem Unionsrecht verstoßen hat, als der HUN-Medienrat dem Radiosender Klubrádió keine Frequenznutzungsrechte gewährte. Klubrádió ist ein ungarischer kommerzieller Radiosender und nach Angaben der Kommission unabhängig und regierungskritisch. 2014 unterzeichnete dieser Radiosender einen neuen Vertrag mit dem Medienrat für die Nutzung der Funkfrequenz 92,9 MHz im Sendegebiet Budapest. Als der Vertrag auslief, lehnte der Medienrat seine Verlängerung ab und veröffentlichte eine neue Ausschreibung für die Erbringung von Mediendiensten auf der betreffenden Funkfrequenz. Die daraufhin erfolgte Bewerbung von Klubrádió wurde für ungültig erklärt. Der EuGH weist in seinem Urteil darauf hin, dass Frequenznutzungsrechte gemäß dem Rechtsrahmen der Union für elektronische Kommunikation nach objektiven, transparenten, nichtdiskriminierenden und verhältnismäßigen Kriterien zu vergeben sind. Das ungarische Mediengesetz schließt jedoch die Verlängerung von Frequenznutzungsrechten im Fall der Begehung wiederholter Verstöße automatisch aus, selbst wenn die Verstöße geringfügig und rein formal sind und bereits geahndet und behoben wurden. Das Gesetz und die auf seiner Grundlage gegenüber Klubrádió erlassene Entscheidung, die Verlängerung abzulehnen, verstoßen deshalb nach Ansicht des EuGH gegen den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit.

V e r a n s t a l t u n g e n

Veranstaltung; Digitale Kindheit und Jugend in Europa – Medienkompetenz als soziale Aufgabe

Wie können Kinder und Jugendliche in der digitalen Welt geschützt werden, ohne ihre Teilhabe einzuschränken? Diese Leitfrage stand im Mittelpunkt der Veranstaltung „Digitale Kindheit und Jugend in Europa – Medienkompetenz als soziale Aufgabe“, zu der die Hessische Landesvertretung am 25. Februar 2026 im Rahmen des hessischen Vorsitzes der Jugend- und Familienministerkonferenz (JFMK) nach Brüssel eingeladen hatte. Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Zivilgesellschaft und Fachpraxis diskutierten aktuelle europäische Regulierungsansätze, nationale Debatten und konkrete Praxisbeispiele. Deutlich wurde: Digitale Räume sind längst zentrale Sozialisationsräume junger Menschen. Hier lernen, kommunizieren und engagieren sie sich – zugleich sind sie Risiken wie Desinformation, Cybermobbing oder suchtfördernden Plattformmechanismen ausgesetzt. Studien zeigen zudem eine wachsende soziale Dimension der Mediennutzung: Kinder aus benachteiligten Familien verfügen häufiger über geringere digitale Kompetenzen und sind stärker belastet. Digitale Teilhabe ist damit eine Frage der Chancengerechtigkeit. Vor diesem Hintergrund kommt der europäischen Regulierung eine Schlüsselrolle zu. Mit dem Digital Services Act setzt die EU Maßstäbe für mehr Verantwortung der Plattformen und besseren Kinder- und Jugendschutz. In der Diskussion wurde zugleich deutlich, dass es eine sorgfältige Balance zwischen wirksamem Schutz und den Beteiligungsrechten junger Menschen braucht. Der hessische JFMK-Vorsitz setzt hier bewusst auf einen ganzheitlichen Ansatz: Schutz, Befähigung und Teilhabe müssen zusammengedacht werden. Frau Staatsministerin Hofmann verdeutlichte: „Medienkompetenz – von der frühen Bildung über Schule und Jugendhilfe bis zur Elternarbeit – ist dabei ein zentraler Baustein und zugleich Demokratiebildung.“ Hessen bringt hierfür konkrete Erfahrungen ein, etwa durch die Verankerung von Medienbildung im Bildungs- und Erziehungsplan, das Kita-Modellprojekt MEKOKI und neue Förderprogramme in der außerschulischen Jugendbildung. Einigkeit bestand darin, dass eine kindgerechte digitale Welt nur gemeinsam gestaltet werden kann: durch klare europäische Regeln, verantwortungsvolle Plattformen, starke Bildungsangebote – und durch die aktive Beteiligung junger Menschen selbst. Ziel ist eine digitale Umgebung, die Schutz bietet, Entwicklung ermöglicht und echte gesellschaftliche Teilhabe eröffnet.

In der Reihe Sounding Board konkret: „Die Industrie als Treiber von Produktivität und Innovation für ein starkes Hessen“

Am 02.03.2026 fand in der Vertretung des Landes Hessen bei der EU auf Einladung von Manfred Pentz, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales und Entbürokratisierung und dem Arbeitgeberverband Chemie und verwandte Industrien für das Land Hessen e.V. (HessenChemie) sowie dem Verband Metall- und Elektro-Unternehmen Hessen e.V. (Hessenmetall) eine Veranstaltung aus der Reihe „Sounding Board konkret“ zum Thema „Die Industrie als Treiber von Produktivität und Innovation für ein starkes Hessen“ statt. Ziel der Veranstaltung war es, einen Austausch zwischen Politik, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite über zentrale Faktoren für einen starken und wettbewerbsfähigen Industriestandort Hessen zu ermöglichen. Minister Pentz betonte in seiner Begrüßung, dass das Land Hessen –

wäre es ein Nationalstaat – in volkswirtschaftlicher Hinsicht unter den Top 10 der Nationalstaaten in Europa stehe und wies darauf hin, dass diese Position mit einer besonderen Verantwortung verbunden sei. Ziel sei es, den Standort Hessen durch Innovation zu stärken und dies zugleich durch Bürokratieabbau zu unterstützen. Letztere Maßnahme, die bereits durch ein erstes Entbürokratisierungspaket des Hessischen Landtags umgesetzt worden sei, habe auch Auswirkungen auf die Stärkung der Demokratie bzw. deren Akzeptanz. Der Staat werde dadurch handlungsfähiger, was wiederum das Vertrauen in seine Institutionen stärke. Im Anschluss folgte ein Impuls von Michael Hager, Kabinettschef von Kommissar Valdis Dombrovskis. Er begrüßte zunächst das Format „Sounding Board *konkret*“, das Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite zusammenbringe, als Alleinstellungsmerkmal der Vertretung des Landes Hessen in Brüssel. Eine solche Zusammenarbeit sei notwendig für die Sicherung der Industrie und qualitativ hochwertiger Arbeitsplätze in Hessen und Europa. Im Mittelpunkt standen die Wettbewerbsfähigkeit und Sicherheit in der EU. Hager nannte dafür fünf zentrale Faktoren: die Vereinfachung von EU-Vorschriften durch die Omnibus-Initiative, die Stärkung des Binnenmarktes, eine wettbewerbsfähige Energiepolitik mit Fokus auf niedrigen Strompreisen sowie eine aktive Handelspolitik. In diesem Zusammenhang verwies er auf den Fortschritt bei Handelsabkommen, etwa mit Mercosur und Indien. Zudem hob er die Bedeutung einer Kapitalmarktunion hervor, um die Resilienz und Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union zu stärken. Die Paneldiskussion befasste sich ebenfalls mit der Wettbewerbsfähigkeit und den Faktoren für einen starken Industriestandort Hessen. Redner waren Dirk Pollert, Hauptgeschäftsführer Hessenmetall; Dirk Meyer, Hauptgeschäftsführer HessenChemie; Sabine Süpke, Landesbezirksleiterin IG BCE Landesbezirk Hessen-Thüringen sowie Liv Dizinger, Abteilungsleiterin Struktur- und Europapolitik DGB Hessen-Thüringen. Moderatorin Prof. Dr. Diane Rober, EBS Universität für Wirtschaft und Recht in Oestrich-Winkel, schloss die Veranstaltung mit einem Aufruf zu mehr Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit ab.

In der Reihe Sounding Board *konkret*: „Hessische Impulse für eine effiziente und wettbewerbsfähige Umweltpolitik – Ein Beitrag zur Ausgestaltung des Umwelt-Omnibus“

Am 04.03.2026 fand in der Vertretung des Landes Hessen bei der EU auf Einladung von Manfred Pentz, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales und Entbürokratisierung, eine Veranstaltung in der Reihe „Sounding Board *konkret*“ zum Thema „Hessische Impulse für eine effiziente und wettbewerbsfähige Umweltpolitik – Ein Beitrag zur Ausgestaltung des Umwelt-Omnibus“ statt. Ziel der Veranstaltung war es, den Umwelt-Omnibus aus Anwendersicht zu diskutieren und Impulse zur Vereinfachung und praktikableren Umsetzung des EU-Umweltrechts zu diskutieren. Michael Ruhl, Staatssekretär im Hessischen Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt, Weinbau, Forsten, Jagd und Heimat betonte angesichts globaler Herausforderungen die Bedeutung wirtschaftlicher Stärke und Resilienz. Das Omnibus-Verfahren müsse schnellere, praxisnahe Prozesse ermöglichen, die Wettbewerbsfähigkeit Europas stärken sowie Bürokratie abbauen. Umweltziele sollten einfacher erreichbar und mit wirtschaftlichen Interessen praktikabel vereinbar sein. Voraussetzung hierfür seien Investitionssicherheit und Technologieoffenheit. Zugleich stellt er die Frage, ob die Ambitionen der Kommission ausreichen und forderte ein höheres Tempo politischen Handelns. Dr. Alexander Kessler, Senior Representative Umwelt, Technik und Nachhaltigkeit beim Bundesverband der Deutschen Industrie, hob die Bedeutung des Umwelt-Omnibus für Wettbewerbsfähigkeit und Resilienz hervor. Kleine und mittlere Unternehmen stünden unter erheblichem Druck durch die direkte Wirkung EU-weiter Umweltvorgaben auf nationales Recht. Umweltrecht müsse weiter praxisnah vereinfacht werden, und zwar über die bisher vorgesehenen

Erleichterungen hinaus. Als Beispiel nannte er den Circular Economy Act, die Naturschutz- und Wasserrahmen-Richtlinie. Robert Gampfer, Generaldirektion Umwelt der Kommission, bezeichnete den Umwelt-Omnibus als Ergebnis eines internen Kompromisses und ersten Schritt mit moderaten Vereinfachungen. Ziel bliebe die Stärkung von Wettbewerbsfähigkeit und Resilienz. Für 2026 seien Stresstests geplant, um Regelwerke nach Dringlichkeit zu überprüfen, vorrangig die Habitat- und Vogelschutz-Richtlinie. Stefan Köhler, Mitglied des Europäischen Parlaments (DEU/EVP), betonte, dass der Umwelt-Omnibus zwar als ein erster Anfang wahrgenommen werde, jedoch deutlich weitergehende Vereinfachungen erwartet würden. Zu langsame Fortschritte könnten die Akzeptanz europäischer Politik schwächen. Hans Becher, Merck AG sowie Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände (VhU), forderte mutigere politische Entscheidungen. Resilienz und Naturschutz müssten stärker zusammen gedacht werden. Genehmigungsverfahren für umweltfreundliche Anlagen sollen beschleunigt werden, auch um den technologischen Vorsprung gegenüber Wettbewerbern wie China zu sichern. Sebastian Schneider, Generalsekretär des Hessischen Bauernverbands, bewertete die ersten Signale der Kommission positiv, sah jedoch Nachbesserungsbedarf. Themen wie Flächenbewirtschaftung seien kaum berücksichtigt. Zudem kritisierte er die geringe Einbindung betroffener Interessengruppen und die Überforderung vieler kommunaler Verwaltungen bei der Umsetzung komplexer und fachspezifischer Regelungen. Andres Heitker, Korrespondent der Börsen-Zeitung, führte durch die Veranstaltung. Im Anschluss fand ein Speed Networking mit jungen Entscheidern aus den EU-Institutionen zum Thema Bürokratieabbau mit interessierten Gästen statt.

„Gehen die Reaktionen der Europäischen Union im Hinblick auf Verstöße gegen die in Art. 2 EUV genannten Werte zu weit? – Perspektiven aus Wissenschaft und Politik“

Auf Einladung des Ministers für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales und Entbürokratisierung, Manfred Pentz, sowie des Direktors des Max-Planck-Instituts für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht, Prof. Dr. Armin von Bogdandy, fand am 25.02.2026 in der Vertretung des Landes Hessen bei der EU eine Veranstaltung der Reihe „Europa im Gespräch“ zum Thema „Gehen die Reaktionen der Europäischen Union im Hinblick auf Verstöße gegen die in Art. 2 EUV genannten Werte zu weit? – Perspektiven aus Wissenschaft und Politik“ statt. Im Zentrum stand eine Podiumsdiskussion mit MdEP Prof. Dr. Sven Simon (EVP/DEU), Vorsitzender des Ausschusses für konstitutionelle Fragen des EP, und Prof. Dr. Armin von Bogdandy. Diskutiert wurde, wie die in Art. 2 des EUV verankerten Werte rechtlich durchgesetzt werden können und wo die Grenzen der Zuständigkeiten der EU liegen. Im Fokus standen die Verfahren nach Art. 7 EUV, die Rolle des EuGH sowie die Frage, ob und in welchem Umfang unionsrechtliche Maßstäbe in nationale Verfassungsordnungen hineinwirken dürfen. Begriffe wie „Rechtsstaatlichkeit“ oder „Demokratie“ seien unionsrechtlich verbindlich, ihre konkrete Ausgestaltung werde jedoch von unterschiedlichen rechtlichen Traditionen in den Mitgliedstaaten geprägt. Auch die finanzielle Konditionalität wurde thematisiert, also die Möglichkeit, EU-Mittel an die Einhaltung rechtsstaatlicher Standards zu knüpfen. Dieses Instrument zeige, dass die Sicherung der in Art. 2 EUV genannten Werte nicht nur gerichtlich, sondern auch politisch flankiert werde.

Vorschau

Auf folgende Tagesordnungspunkte von Sitzungen der nächsten zwei Wochen wird insbesondere hingewiesen:

Europäischer Rat

19./20. 03.2026

- TOPs
- Ukraine
- Naher Osten
- Wettbewerbsfähigkeit und Binnenmarkt
- Nächster mehrjähriger Finanzrahmen
- Europäische Verteidigung und Sicherheit
- Migration

Rat

16.03.2026 Rat „Auswärtige Angelegenheiten“

TOPs

- CO2-Emissionsnormen für Pkw und leichte Nutzfahrzeuge
- Klimaschutz nach 2030
- Globale Umweltdiplomatie
- Ukraine, Naher Osten, Südliche Nachbarschaft

16.03.2026 Rat „Verkehr, Telekommunikation und Energie“ (Energie)

TOPs

- European grids package
- Umsetzung des Aktionsplans für erschwingliche Energie
- Energiesicherheit – Lehren aus der Ukraine und Moldau

17.03.2026 Rat „Allgemeine Angelegenheiten“

TOPs

- Vorbereitung ER,
- Orientierungsaussprache MFR,
- Europäisches Semester,
- Beschluss zur Änderung des Europäischen Wahlakts zur Einführung allgemeiner unmittelbarer Wahlen der Mitglieder des Europäischen Parlaments

18.03.2026 Dreigliedriger Sozialgipfel

- Keine TO

19.03.2026 Euro-Gipfel

TOPs

- Wirtschafts- und Währungsunion

26.-29.03.2026 Rat (Auswärtige Angelegenheiten) in Yaoundé, Cameroon am Rande der 14. Ministerkonferenz (MC14) der Welthandelsorganisation (WTO)

- Herausforderungen und Chancen innerhalb des multilateralen Handelssystems
- zukünftige Arbeit der WTO, einschließlich Reformen zur Modernisierung ihrer Architektur und Prozesse

Europäische Kommission

- 18.03.2026** Orientierungsdebatte
Fusionskontrollrichtlinie
28. Regime – Vermerk
- 23.03.2026** Treffen mit Regionen und Städten zum Europäischen Plan für bezahlbaren Wohnraum (Workshop)
- 24.03.2026** Umsetzungsdialog zu europäischen Risikokapital- und Wachstumskapitalfonds mit Kommissarin Maria Luísa Albuquerque (Kommission)

Europäisches Parlament

Europäisches Parlament 25. - 26. 03.2026 Plenarsitzung in Brüssel

- Schlussfolgerungen der Tagung des Europäischen Rates vom 19./20. März 2026 - Erklärungen des Europäischen Rates und der Kommission
- Europäische Bürgerinitiative mit dem Titel „Verbot von Konversionsmaßnahmen in der Europäischen Union“
- Schadstoffe in Oberflächengewässern und im Grundwasser
- Anwendungsbereich der Einlagensicherung, Verwendung der Mittel aus Einlagensicherungssystemen, grenzüberschreitende Zusammenarbeit und Transparenz (DGSD2)
- Frühinterventionsmaßnahmen, Abwicklungsvoraussetzungen und die Finanzierung von Abwicklungsmaßnahmen (BRRD3)
- Bekämpfung der Korruption
- Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) 2021/1232 hinsichtlich der Verlängerung ihrer Geltungsdauer
- Anpassung der Einfuhrzölle auf bestimmte Waren mit Ursprung in den Vereinigten Staaten von Amerika und Eröffnung von Zollkontingenten für die Einfuhr bestimmter Waren mit Ursprung in den Vereinigten Staaten von Amerika
- Nichtanwendung von Zöllen auf die Einfuhren bestimmter Waren
- Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung zugunsten entlassener Arbeitnehmer – Antrag Belgiens (EGF/2025/007 BE/Casa)
- Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung zugunsten entlassener Arbeitnehmer – Antrag Österreichs (EGF/2025/005 AT/KTM)
- Übereinkommen der Vereinten Nationen über die internationalen Wirkungen von Zwangsveräußerungen von Schiffen
- Abkommen zwischen der EU und Libanon über wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit zur Festlegung der Modalitäten und Bedingungen für die Beteiligung Libanons an der Partnerschaft für Forschung und Innovation im Mittelmeerraum (PRIMA): Änderung und Ergänzung
- Abkommen zwischen der EU und China: Änderung der Zugeständnisse für alle in der EU-Liste CLXXV aufgeführten Zollkontingente

Europäischer Ausschuss der Regionen

24.03.2026

CIVEX-Fachkommissionssitzung
Unionsunterstützung in den Bereichen Asyl, Migration und Integration für den Zeitraum 2028 bis 2034 (Abstimmung)
Die Unionsunterstützung im Bereich der inneren Sicherheit für den Zeitraum 2028 bis 2034 (Abstimmung)
Verordnung zur Einrichtung des Instruments „Europa in der Welt“ (Abstimmung)

Europäischer Gerichtshof

Termine EuGH/EuG 16.-27.03.2026 für den BaB Nr. 05/2026 am 13.03.2026:

17.03.2026

Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in der Rechtssache C-258/24 Katholische Schwangerschaftsberatung – Kündigung wegen Austritts aus der katholischen Kirche (DEU)

18.03.2026

Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in den Rechtssachen T-399/24 Collectif des maires anti-pesticides u. a. / Kommission und T-503/24 Antidote Europe/ Kommission – Erneuerung der Zulassung für Glyphosat bis 2033

19.03.2026

Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-371/24 Comdribus – Abnahme von Fingerabdrücken und Anfertigung von Fotografien bei strafrechtlichen Ermittlungen (FRA)

19.03.2026

Urteile des Gerichtshofs in den verbundenen Rechtsmittelsachen C-171/24 P EVH / C-172/24 P Stadtwerke Leipzig / C-173/24 P TEAG / C-174/24 P Stadtwerke Hameln Weserbergland / C-175/24 P eins energie in sachsen / C-176/24 P EnergieVerbund Dresden / C-177/24 P GGEW / Kommission sowie in den verbundenen Rechtsmittelsachen C-178/24 P Mainova / C-179/24 P enercity / Kommission – Austausch von Vermögenswerten zwischen RWE und E.ON

19.03.2026

Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-526/24 Brillen Rottler – Auskunftersuchen nach der DSGVO: Schadensersatzanspruch (DEU)

19.03.2026

Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C 679/24 UniCredit Bank und Momentum Credit – Auf Schweizer Franken lautende Hypothekendarlehen: Missbräuchliche Klauseln (HUN)

19.03.2026

Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C 770/24 DB InfraGO und DB RegioNetz Infrastruktur – Entgelte für die Nutzung der Schienennetze im Personennahverkehr (DEU)

19.03.2026

Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C 530/24 Tipico – Rückforderung von Einsätzen bei Online-Glücksspielen (DEU)

19.03.2026

Schlussanträge der Generalanwältin am Gerichtshof in der Rechtssache C-354/24 Elisa Eesti – Genehmigungspflicht für Hard- und Software in Mobilfunknetzen (EST)

24.03.2026

Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in der Rechtssache C-521/21 Rzecznik Praw Obywatelskich (Ausschluss eines Richters der ordentlichen Gerichtsbarkeit) – Justizreform von 2017 in Polen: Richterliche Unabhängigkeit (POL)

24.03.2026

Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in der Rechtssache C-767/23 Remling – Vorlagepflicht letztinstanzlich entscheidender Gerichte (NDL)

24.03.2026

Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof (Große Kammer) in der Rechtssache C-414/25 Sedrata – Verbringung abzuschiebender Migranten von Italien nach Albanien (ITL)

26.03.2026

Urteile des Gerichtshofs (Große Kammer) in den Rechtsmittelsachen C-696/23 P Pumpyanskiy /, C-704/23 P Khudaverdyan /, C-711/23 P Rashnikov /, C-35/24 P Mazepin /, und C-111/24 P Kahn / Rat – Restriktive Maßnahmen: Russische oder mit Russland verbundene Geschäftsleute

26.03.2026

Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-412/24 Fauré Le Page – Markenstreit um „Fauré Le Page Paris 1717“ (FRA)

26.03.2026

Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-338/24 Sanofi Pasteur – Haftung für angebliche Impfschäden (FRA)

26.03.2026

Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in den Rechtsmittelsachen C-266/24 P Kommission / Ryanair (Staatliche Beihilfe Covid-19 - KLM), C-269/24 P Koninklijke Luchtvaart Maatschappij / Ryanair (Staatliche Beihilfe Covid-19 - KLM) und C-289/24 P Société Air France und Air France-KLM / Ryanair (Staatliche Beihilfe Covid-19 - KLM) – Staatliche Beihilfen im Kontext der Covid-19-Pandemie: KLM II

26.03.2026

Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtsmittelsache C-505/24 P Condor Flugdienst / Ryanair – Umstrukturierungsbeihilfe für Condor

26.03.2026

Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-579/24 Austro-Mechana und AKM – Teilen urheberrechtlich geschützter Werke auf großen Online-Plattformen (AUT)

Der nächste Bericht aus Brüssel erscheint am 30.03.2026.

Abkürzungsverzeichnis

Europäisches Parlament	
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)	EVP
Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament	S&D
Fraktion Renew Europe	RENEW
Fraktion der Grünen /Freie Europäische Allianz	GRÜNE
Europäische Konservative und Reformisten	ECR
Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken /Nordische Grüne Linke	LINKE
Fraktionslos	FL
Patrioten für Europa	PfE
Europa der souveränen Nationen	ESN
EU-Mitgliedstaaten	
Belgien	BEL
Bulgarien	BUL
Dänemark	DNK
Deutschland	DEU
Estland	EST
Finnland	FIN
Frankreich	FRA
Griechenland	GRI
Irland	IRL
Italien	ITL
Kroatien	KRO
Lettland	LET
Litauen	LIT
Luxemburg	LUX
Malta	MTA
Niederlande	NDL
Österreich	AUT
Polen	POL
Portugal	PTL
Rumänien	ROM
Schweden	SWE
Slowakei	SLK
Slowenien	SLO
Spanien	ESP
Tschechische Republik	CZR
Ungarn	HUN
Zypern	CYP
Länder außerhalb der EU	
Vereinigtes Königreich	GBR

